

ÖSTERREICH

Der exportinduzierte Aufschwung verstärkte sich 2010. Die erwartete Belebung der Nachfrage des privaten Verbrauchs und der privaten Investitionen wird allerdings durch die Haushaltskonsolidierung gebremst, so dass das Wachstum sowohl 2011 als auch 2012 etwa 2% betragen dürfte. Die Arbeitslosenquote wird leicht zurückgehen, während sich die Kerninflation etwas erholen wird.

Das übermäßige Haushaltsdefizit erfordert den unverzüglichen Beginn der Konsolidierung, da das Wirtschaftswachstum über der Potenzialrate liegen dürfte. Die Regierung hat einen mittelfristigen Konsolidierungsplan angekündigt, der besonders auf einnahmenseitige Maßnahmen ausgerichtet ist. Österreich könnte hinsichtlich des mittelfristigen Wachstums und der Haushaltsstabilität eine doppelte Dividende erzielen, indem die Steuerstruktur wachstumsfördernder gestaltet wird und verzerrende Subventionen und Steuervergünstigungen abgebaut werden.

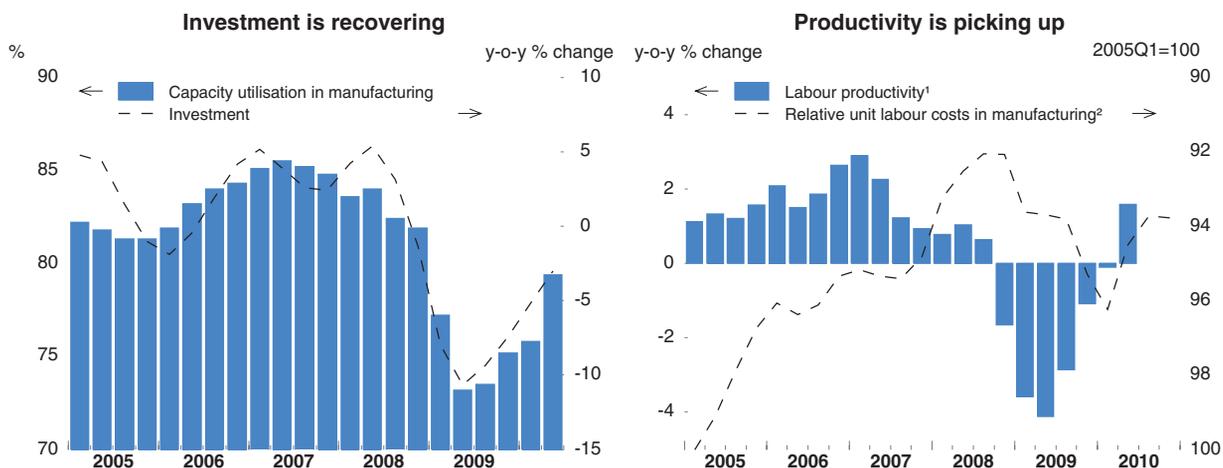
Der Aufschwung hat an Fahrt gewonnen

Die Erholung hat unter dem Einfluss der Belebung des Welthandels und des starken Wirtschaftswachstums in Deutschland, Österreichs wichtigstem Handelspartner, im zweiten Quartal 2010 weiter Fahrt aufgenommen. Die Kapazitätsauslastung hat zugenommen und sich ihrem langfristigen Durchschnittsniveau genähert, während die Investitionen sich belebt haben. Das Geschäftsklima hat sich positiv entwickelt, und andere Indikatoren neueren Datums deuten ebenfalls auf eine Fortführung der Erholung hin, wenngleich in etwas langsamerem Tempo. Die privaten Verbrauchsausgaben sind weiter moderat gestiegen, was das niedrige Einkommenswachstum und einen Rückgang der Sparquote der privaten Haushalte widerspiegelt und darauf schließen lässt, dass die Erholung noch keine breite Basis gefunden hat.

Die Arbeitsmarktergebnisse verbessern sich

Die jüngsten Entwicklungen am Arbeitsmarkt waren günstig, die Arbeitslosenquote ist im zweiten Quartal 2010 auf 4,5% zurückgegangen. Das Beschäftigungswachstum hat sich nun auf das Verarbeitende Gewerbe ausgedehnt, doch finden sich die meisten neugeschaffenen Arbeitsplätze noch immer in den weniger produktiven

Austria



1. Total economy measure.

2. Scale inverted.

Source: OECD Economic Outlook 88 database and OECD Main Economic Indicators Database.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932345679>

Austria: Demand, output and prices

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	Current prices € billion	Percentage changes, volume (2005 prices)				
Private consumption	143.7	0.7	1.1	0.9	1.1	1.5
Government consumption	49.2	3.7	0.5	0.8	-0.2	-0.5
Gross fixed capital formation	58.3	2.8	-8.9	-2.4	2.5	3.2
Final domestic demand	251.2	1.7	-1.4	0.2	1.1	1.5
Stockbuilding ¹	5.0	-0.6	-0.9	0.5	0.0	0.0
Total domestic demand	256.1	1.1	-1.5	0.3	1.1	1.5
Exports of goods and services	160.6	-0.4	-13.9	8.1	7.6	5.8
Imports of goods and services	145.0	-1.7	-11.9	5.5	6.6	5.3
Net exports ¹	15.5	0.7	-1.8	1.6	0.9	0.6
GDP at market prices	271.7	1.9	-3.8	2.0	2.0	2.0
GDP deflator	–	1.5	1.0	1.5	1.1	1.2
<i>Memorandum items</i>						
GDP without working day adjustments	272.0	2.2	-3.9	1.9	2.0	2.0
Harmonised index of consumer prices	–	3.2	0.4	1.6	1.8	1.9
Private consumption deflator	–	2.5	-0.7	1.8	1.8	1.9
Unemployment rate ²	–	3.8	4.8	4.5	4.4	4.3
Household saving ratio ³	–	11.8	11.1	10.0	9.7	9.5
General government financial balance ⁴	–	-0.5	-3.5	-4.4	-3.4	-3.0
Current account balance ⁴	–	3.3	2.7	2.6	3.1	3.8

Note: National accounts are based on official chain-linked data. This introduces a discrepancy in the identity between real demand components and GDP. For further details see *OECD Economic Outlook Sources and Methods* (<http://www.oecd.org/eco/sources-and-methods>).

- Contributions to changes in real GDP (percentage of real GDP in previous year), actual amount in the first column.
- Based on Labour Force Survey data.
- As a percentage of disposable income.
- As a percentage of GDP.

Source: OECD Economic Outlook 88 database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932347427>

Dienstleistungssektoren und oft auf Teilzeitbasis. Die Kerninflation verharrte im ersten Halbjahr stabil bei 1,3%, wohingegen die Gesamtinflationsrate auf 1,8% stieg, eine verzögerte Reaktion auf die vorangegangenen Ölpreiserhöhungen.

Die dynamischere Auslandsnachfrage ist der Motor des Aufschwungs

Das dynamische Wachstum der Auslandsnachfrage dürfte sich trotz der voraussichtlich schwächeren Inlandsnachfrage in den Nachbarländern mit starkem Haushaltskonsolidierungsbedarf in den Jahren 2011 und 2012 fortsetzen. Die Erholung hat zu einem stärkeren Einsatz der während der Rezession gehorteten Arbeitskräfte geführt, und die Kostenwettbewerbsfähigkeit verbessert sich. Ein Produktivitätsanstieg zurück in Richtung der Trendrate dürfte dazu beitragen, künftige Zugewinne an Wettbewerbsfähigkeit zu untermauern. Ein dauerhaftes Exportwachstum wird die Überkapazitäten reduzieren und so die jüngste Trendwende bei den Investitionen unterstützen. Ein akkommodierendes monetäres Umfeld wird weitere Unterstützung bieten. Die Kerninflation wird gering bleiben, sich 2011 und 2012 jedoch im Zuge der weiter zurückgehenden Überkapazitäten etwas beleben. Die Steuererhöhungen werden 2011 einen Aufwärtsdruck auf die Gesamtinflation ausüben.

Die Arbeitslosigkeit wird leicht abnehmen

Das BIP-Wachstum wird dazu beitragen, die Arbeitslosenquote zu senken. Die Abkehr von der Arbeitskräftehortung und der Reduzierung der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden während der Rezession sowie die Einschränkung des Beschäfti-

gungswachstums im öffentlichen Sektor werden sowohl die allgemeinen Beschäftigungszuwächse als auch den Rückgang der Arbeitslosenquote abschwächen. Leichte Lohnzuwächse und ein der Aufhellung am Arbeitsmarkt zu verdankendes verbessertes Konsumklima werden gemeinsam mit niedrigen Realzinsen zu einem etwas stärkeren Wachstum des Verbrauchs der privaten Haushalte beitragen, das jedoch durch steigende Kosten für die Bedienung von Hypothekenschulden gedämpft wird.

Eine Haushaltskonsolidierungsstrategie ist angekündigt worden

Die jüngsten wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklungen deuten auf ein über Erwarten gutes Haushaltsergebnis hin. Dennoch dürfte das Defizit des Sektors Staat sich dieses Jahr auf etwa 4,4% des BIP ausweiten. Die Bundesregierung hat eine den Anforderungen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts entsprechende Konsolidierungsstrategie angekündigt, die hauptsächlich einnahmenseitige Maßnahmen vorsieht, darunter eine Bankenabgabe und eine Erhöhung der Benzinsteuern. Die Projektion unterstellt einen dieser Ankündigung entsprechenden Grad der Haushaltskonsolidierung, wodurch das Gesamtdefizit bis 2011 auf 3,4% und bis 2012 auf 3% sinken dürfte. Die Erhöhung der Mineralölsteuer und anderer Umweltsteuern wird eine doppelte Dividende für die Haushaltsposition und die Umwelt bringen. Kürzungen verschwenderischer Sozialausgaben dürften die Arbeitsmarktanreize und das Potenzialwachstum erhöhen. Der Konsolidierungsplan sollte sich mehr auf zusätzliche Ausgabeneinsparungen konzentrieren und eine stärkere Wachstumsorientierung der Steuerstruktur beinhalten, indem die Steuerlast von den Arbeitseinkommen zu den Vermögensteuern verlagert wird und verzerrende Subventionen reduziert werden.

Außenwirtschaftliche Belastungen könnten auftreten, doch könnte die Inlandsnachfrage stärker ausfallen

Die Risiken, mit denen diese Projektion behaftet ist, sind im Großen und Ganzen ausgewogen. Die gegenwärtige Projektion geht davon aus, dass der seit Mitte 2005 zu beobachtende Rückgang des Exportmarktanteils durch die jüngsten und anhaltenden Verbesserungen der kostenmäßigen Wettbewerbsfähigkeit zum Stillstand gebracht wird. Falls sich dies nicht bewahrheitet, werden die Ausfuhren und die Erholung wahrscheinlich schwächer ausfallen. Hingegen könnten mit der Rückkehr des Vertrauens die äußerst niedrigen Zinssätze im Endeffekt einen größeren Anstieg der zinsreagiblen Ausgaben verursachen als die derzeit eingerechnete moderate Reaktion. Der schwache Wettbewerb im Bereich der nichthandelbaren Güter könnte eine höhere Kerninflation nach sich ziehen als derzeit erwartet. Die jüngsten Erhöhungen der Preise für Grundnahrungsmittel könnten einen Aufwärtsdruck auf die Gesamtinflation ausüben, worunter die Kaufkraft zusätzlich leiden würde.



From:
OECD Economic Outlook, Volume 2010 Issue 2

Access the complete publication at:
https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2010-2-en

Please cite this chapter as:

OECD (2011), "Österreich", in *OECD Economic Outlook, Volume 2010 Issue 2*, OECD Publishing, Paris.

DOI: https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2010-2-13-de

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.